

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Einzelplan 05 - Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drucksache 7/2560

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2021 (HG 2021)

Seite:	Kapitel: 0 5 3 0 0	Titel: n e u
Zweckbestimmung: Entgelte für Verwaltungspersonal an Schulen		

Stichwort: Verwaltungspersonal einstellen – Lehrer entlasten

Ansatz im Entwurf 2021	0 €
Änderung (+/-):	+ 8.300.000 €
Ansatz neu:	8.300.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2021	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
37	05 020	972 10	Globale Minderausgabe	8.300.000 €
insgesamt:				8.300.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die veranschlagten Stellen und die entsprechenden Personalkosten dienen der Entlastung der Lehrer von außerunterrichtlichen, nicht-pädagogischen Verwaltungsaufgaben.

Die Personalstellen werden als Stellenpool durch die Staatlichen Schulämter bewirtschaftet und den Schulen – ggf. anteilig – zugewiesen.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2021
E9	150,00
Zusammen:	150,00

Begründung:

Neben der eigentlichen Unterrichtstätigkeit bestimmt eine Vielzahl außerunterrichtlicher oder nicht-pädagogischer Aufgaben den Arbeitsalltag des Lehrers. Dazu gehören naturgemäß die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Korrekturen, Prüfungen, die Planung und Durchführung von Exkursionen, Kurs- und Klassenfahrten, die Erstellung von Förderplänen, Elternarbeit, Konferenzen und Kooperation mit schulischen sowie außerschulischen Akteuren. Bereits diese Tätigkeiten sind teils mit einem beträchtlichen bürokratischen Aufwand verbunden.

Hinzu kommt, dass durch zahlreiche schul- und bildungspolitische Maßnahmen der letzten Jahre und Jahrzehnte – darunter die Ausweitung des Ganztagsunterrichts, die Inklusion von Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarfen an Regelschulen sowie die Integration von Flüchtlingskindern – das Aufgabenfeld des Lehrers nochmals beträchtlich erweitert wurde. Jüngsten Studien zufolge entfallen u.a. dadurch je nach Schulform nur noch maximal 30 bis 40 Prozent der Gesamtarbeitszeit auf das eigentliche Unterrichten, während die verbleibende Arbeitszeit vorwiegend für die Erledigung bürokratischer Tätigkeiten genutzt wird.

Laut den Ergebnissen der repräsentativen Studie „Lehrerarbeit im Wandel“ (LaiW), deren Ergebnisse im März d.J. veröffentlicht wurden, empfinden 66 Prozent der Gymnasiallehrer die derzeitige Arbeitsbelastung als zu hoch. 95 Prozent dieser Gruppe sehen dabei die zunehmende Leistungsheterogenität und das zu hohe Arbeitspensum (90 Prozent), schlechte Rahmenbedingungen sowie fehlende Erholungsmöglichkeiten am Wochenende (jeweils 74 Prozent) als ursächlich an.

Der Deutsche Philologenverband (DPHV) hat die Politik daraufhin zu raschen und energischen Gegenmaßnahmen aufgefordert, um die Gesundheit der Lehrer zu schützen, ihre Motivation langfristig zu erhalten sowie insgesamt die Attraktivität dieses wichtigen Berufsfelds zu erhöhen.

Im Koalitionsvertrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen heißt es auf Seite 29:

„Die Koalition wird gemeinsam mit den Schulträgern und kommunalen Spitzenverbänden auf Grundlage eines Sozialindikators ein Konzept zur schrittweisen Ausstattung der Schulen mit multiprofessionellen Teams (soziale, pädagogische und Verwaltungsfachkräfte) erarbeiten. Um eine hohe Unterrichtsqualität zu gewährleisten und um Unterrichtsausfall zu begegnen, wollen wir die Schulen des Landes mit 400 zusätzlichen Fachkräften unterstützen. Darunter sollen mehrheitlich Lehrerinnen und Lehrer sein.“

Aus der Antwort der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage von Anfang August d.J. geht gleichsam hervor, dass bislang noch keine Entscheidungen darüber getroffen wurden, wie viele Verwaltungsfachkräfte insgesamt Verwendung finden werden, wann ihre Einstellung erfolgt und nach welchen konkreten Kriterien diese auf die Schulen verteilt werden (vgl. DS 7/1768).

Die zügige Einstellung von zunächst 150 Verwaltungsfachkräften, die die Lehrer von bürokratischem Mehraufwand entlasten, wäre ein erster, notwendiger Schritt, um die Arbeitszeitbelastung für Lehrer an allen Schulformen spürbar zu senken, damit die Rahmenbedingungen an Schulen insgesamt zu verbessern und die Unterrichtsqualität nicht nur zu erhalten, sondern vielmehr zu erhöhen.

Die veranschlagten Kosten ergeben sich aus dem angenommenen Personalbedarf mit einer Eingruppierung in die Entgeltgruppe E 9 (Stufe 2) zzgl. eines angenommenen Arbeitgeberanteils von 40 % des Arbeitnehmerbruttolohns.